

WEST-ÖSTLICHER DIWAN

Vorbemerkung: Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ sind vom Bundesvorstand des DGB als Diskussionsorgan ins Leben gerufen worden. Selbstverständlich gilt auch für den folgenden Aufsatz von Walter Theimer, daß er die persönliche Meinung des Verfassers wiedergibt.

Die Redaktion.

In den letzten Monaten ist eine ganze Reihe außenpolitischer Vorschläge aufgetaucht, die darauf hinzielen, die westlich ausgerichtete Europapolitik der Bundesregierung mit einem System des Ausgleiches nach Osten hin zu verbinden. Man kann von einem „west-östlichen Diwan“ in der Außenpolitik sprechen. Auf ihm sitzen Politiker wie *Wolfgang Schütz*, der politische Berater im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, der erfahrene Diplomat *Dr. Pfeleiderer*, das jüngste Mitglied des Bundestages *Müller-Heimann*, Staatssekretär a. D. v. *Rohr* und der durch Fraktionszwang zeitweilig zum Schweigen gebrachte *Dr. Bodensteiner*.

Alle diese Männer stehen offiziell im Regierungslager. Das gibt ihren Projekten charakteristische Züge, die sie von den Kundgebungen der Opposition abgrenzen. Der letzteren wird ohnedies vorgeworfen, ihre Kritik an der Politik der Regierung durch keine positive Alternative zu ergänzen; wer versucht, ihr eigentliches Gegenprogramm zu ergründen, blickt nur in dämmerndes Zwielficht. Demgegenüber bemühen sich die Kritiker der Regierungspolitik, die aus dem Regierungslager selbst kommen, in erster Reihe um Konkretisierung der Alternative. Weiter müssen sie, im Gegensatz zu der in dieser Hinsicht unbeschwerten Opposition, beträchtliche Rücksicht auf die Stimmung in der Regierungskoalition und die Gefolgschaftstreue gegenüber dem Bundeskanzler nehmen. Sie ziehen die schon geschaffenen politischen und psychologischen Tatsachen in Betracht. Als Männer des Regierungslagers können sie nicht soweit gehen, die Europapolitik des Kanzlers hundertprozentig abzulehnen. Auch wissen sie, daß er seine Lieblingsidee nicht einfach aufgeben wird, und rechnen damit, daß auch die Westmächte zumindest an den Grundzügen dieser Politik festzuhalten entschlossen sind.

Aus dieser Ausgangslage gelangen sie zu einer vorläufigen Bejahung der Europapolitik. Sie stimmen einer vertraglichen Bindung Deutschlands, des halben wie des ganzen, an den Westen zu. Sie bejahen ein Militärbündnis, gegebenenfalls auch in Gestalt der Europaarmee. Aber sie geben zu verstehen, daß damit die deutsche Außenpolitik nicht erschöpft sein kann. Deutschland hat nun einmal noch einen Nachbar außer dem Westen, nämlich den Osten, und kann sich bei Strafe der Selbstaufgabe nicht für alle Zeiten einseitig mit dem Westen identifizieren, zumal jener Osten ein kostbares Faustpfand in der Hand hält: die östliche Hälfte Deutschlands. Vielmehr muß Deutschland, wenn seine Stellung gegenüber dem Westen bereinigt ist, auch eine Bereinigung im Osten suchen. Sich in den Panzer zu hüllen und an der Seite der Westmächte in Verteidigungsstellung zu gehen, ist noch keine Lösung der deutschen Probleme,

Die genannten Autoren gelangen also zu dem Schluß, der hier schon des öfteren vertreten worden ist: die Stellung Deutschlands zu Rußland ist eine andere als jene des Westens, muß eine andere sein. Damit wird bereits die Forderung nach einer selbständigen deutschen Außenpolitik aufgestellt und Oppositionsstellung gegenüber den Bonner Verträgen bezogen, die auf dem Verzicht auf eine solche selbständige Politik beruhen. Ihrer Grundannahme, daß die

Stellung Deutschlands zur Sowjetunion von Haus aus dieselbe sei wie etwa jene Amerikas, und daß die deutsche Wiedervereinigung ausschließlich durch die militärische Verbindung mit dem Westen zu erzielen sei, wird der Kampf angesagt. Es wird auch hervorgehoben, daß die vorliegenden Verträge nicht die geringste Zusage eines Einsatzes der militärischen Kraft des Westens für die Erreichung deutscher Ziele enthalten.

Auch Rußland braucht Sicherheit

Die Autoren erklären rundheraus, daß das Sicherheitsbedürfnis Rußlands nicht minder Verständnis verdient als jenes des Westens. Sie rücken ab von jener westlichen Weltanschauung für die politische Kinderstube, in der nur die Sowjets schwarz, die Westmächte hingegen schneeweiß erscheinen. Mit der Anerkennung des russischen Sicherheitsbedürfnisses wird implizite auch die Möglichkeit anerkannt, daß die russische Sicherheit von einem Angreifer bedroht sein könnte und die Angreiferrolle nicht unbedingt das Monopol Moskaus sein muß. Das ist, von der Warte Washingtons und seiner Getreuen gesehen, schon schwerste Ketzerei. Selbstredend wird nicht die konträre Albernheit der östlichen Propaganda, in der die Russen als die Friedensengel, die Amerikaner hingegen als teuflische Angreifer erscheinen, zur Alternative gewählt, sondern von den Realitäten einer Welt ausgegangen, in der die Machtpolitik souveräner Staaten herrscht und alle aus Machtgier oder Angst eines Tages der Versuchung erliegen können, zum Kriege zu schreiten.

Wir haben mit Rußland und seinen Vasallen ein großes Huhn zu rupfen, vielleicht ein größeres als die Westmächte. Ein Blick auf die Landkarte zeigt es. Es zeugt davon, daß in Deutschland das staatsmännische Denken noch nicht ausgestorben ist, wenn heute eine ganze Reihe von Politikern die Klugheit und Selbstüberwindung aufbringt, darum nun nicht blindwütig nach absoluter Stellungnahme gegen den Osten zu rufen, sondern in aller Ruhe zu fragen: Ist ein friedlicher Ausgleich mit Rußland möglich? Dabei erschweren sie sich die Antwort freiwillig selber, indem sie die Voraussetzung machen, daß zugleich die Westpolitik durchgeführt werden soll.

Wenn ein geschulter Diplomat einen festgeronnenen Begriff oder starren Vertrag vor sich sieht, der anscheinend nicht einfach aus der Welt geschafft werden kann, so greift er zu einer altherwürdigen Methode, die zu seinem Metier gehört. Er sinnt auf Mittel, das Hindernis formell bestehen zu lassen, aber von innen auszuhöhlen. Hinter der unveränderten Fassade, die das Herz der Anhänger jenes Objektes besänftigt, führt er einen Innenbau ganz anderer Art auf. Aus dieser Kunst, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, leitet die Diplomatie einen Großteil ihrer Lebensberechtigung her. Unsere west-östlichen Autoren haben diese Kunst begriffen. Die Westverträge sollen, wenn auch in modifizierter Form, abgeschlossen werden, aber hinter ihrer Fassade soll so etwas wie eine selbständige deutsche Außenpolitik erstehen. Die Modifikationen sollen so sein, daß Rußland beruhigt wird; zugleich soll ein Vertragswerk im Osten, von Deutschland mit den Russen abgeschlossen, neben das westliche System treten.

Deutschland soll nicht Aufmarschgebiet sein

Was beunruhigt Rußland am meisten? Die Tatsache, daß der EVG-Vertrag die Bundesrepublik zum Aufmarschgebiet der Atlantikarmeen gegen den Osten macht. Rußland hat sich — das bedeutendste diplomatische Novum dieses Jahres — damit abgefunden, daß in Deutschland kein militärisches Vakuum bestehen bleiben kann; es hat grundsätzlich nichts mehr gegen die Anwesenheit deutscher

Truppen an seiner Westgrenze. Nur die *alliierten* Truppen sollen abziehen. Auch der Kritiker der Außenpolitik *Dr. Adenauers* wird anerkennen, daß diese Wendung nur dadurch erzielt werden konnte, daß die Bundesrepublik sich anschickte, an der Seite des Westens aufzurüsten. Auch der Kritiker des Westens wird feststellen, daß der Westen eine Stunde früher als die Russen zu der Erkenntnis kam, ein wehrloses Deutschland sei ein Unding — obwohl er dieses Unding früher als die Russen zu seinem Hauptziel erklärt hatte, und die Russen es sich erst nachhinkend, dafür hundertfünfzigprozentig, zu eigen machten, wie sie auch jetzt in der neuen Erkenntnis nachhinkten.

Jedenfalls, der Russe hat nichts gegen deutsche Truppen, wenn man auch die quantitative Seite noch näher wird prüfen müssen. Er hat alles gegen alliierte Truppen, auch wenn sie Europaarmee heißen. Der Ausweg? *Wolfgang Schütz* findet ihn in seiner Schrift *Deutschland am Rande zweier Welten* (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1952.) Die Europaarmee soll in Gottes Namen aufgestellt werden, da der Westen nun einmal eine eigene deutsche Armee nicht haben will. Aber mit der Maßgabe, daß *im Frieden auf deutschem Boden nur deutsche Kontingente* dieser Armee stehen dürfen. Damit kommt man dem russischen Sicherheitswunsch entgegen; daran, daß die deutschen Truppen nun Europakontingente heißen, sollte der Russe sich nicht allzusehr stoßen. Dem Inhalt, wenn auch nicht dem Namen nach wäre eine solche Streitmacht die sog. deutsche Nationalarmee, die Moskau vorschlägt. Wenn hier nur deutsche Kontingente stehen dürfen, fällt auch die ganze, nur zum Zweck der militärischen Kontrolle Deutschlands ausgeklügelte Mischorganisation der Europaarmee ins Wasser; denn selbstverständlich müßten die deutschen Kontingente dann über den Divisionsrahmen hinaus einheitlich organisiert sein. Die Schlagkraft der deutschen — vermutlich auch der anderen — Truppen könnte von einer solchen Organisation nur gewinnen. An der engen Verbindung der deutschen Truppen mit der Europaorganisation und dem Vorhandensein eines westlichen Oberbefehlshabers würde Rußland immer noch Anstoß nehmen; aber erstens lassen sich auch hier hinter einer unveränderten Fassade gewisse Änderungen vornehmen, zweitens könnte Rußland sich ja damit beruhigen, daß in seiner Nachbarschaft nur deutsche, einer deutschen Regierung gehorchende Truppen stehen und der atlantische Zar weit ist . . .

Schütz sagt: „Jeder Staat paßt seine Europakonzeption seinen Nationalinteressen an. Das gleiche muß Deutschland tun. Für Deutschland gibt es kein Europa ohne deutsche Einheit in Freiheit, und keine Einheit in Freiheit ohne Verankerung in Europa. Aber die Form dieser Zusammenarbeit muß Gegenstand der Politik bleiben. Politisch wird Deutschland stets zum Westen gehören. Das schließt nicht aus, daß es militärisch darauf achtet, daß dem defensiven Interesse Rußlands Rechnung getragen wird, falls Rußland sich wirklich von deutschem Gebiet zurückzieht. *Bismarck* und *Stresemann* haben diese Rücksicht gewahrt. Stresemann ist dem Völkerbund nur unter dem Vorbehalt beigetreten, daß Deutschland niemals Aufmarsch- und Durchmarschgebiet werden würde.“

Zurück zu Locarno?

An Stresemann knüpfen auch die anderen Autoren des west-östlichen Diwans an. Er schuf mit Locarno die vertragliche Verbindung mit dem Westen, besorgte aber zugleich dessen Einverständnis mit einer vertraglichen Regelung der deutsch-russischen Beziehungen. Diese erfolgte in dem heute zu Unrecht fast vergessenen Vertrag von 1926 zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Dieser Vertrag beruhigte die Russen, die in Locarno eine Blockbildung gegen Osten erblickt

hatten. Locarno sicherte, soweit Verträge etwas vermögen, den Westen vor Deutschland und Deutschland vor dem Westen, beide zugleich vor dem Osten, indes der Berliner Vertrag von 1926 Deutschland und Rußland voreinander, das letztere aber auch, was die deutsche Flanke betraf, vor dem Westen sicherte. Ehe Hitlers plumpe Hand dieses System zerstörte, funktionierte es befriedigend.

Dr. Pfeleiderer erregte schon vor einigen Monaten durch seinen Vorschlag einer schrittweisen Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen Aufsehen. Man möge zunächst einen Raum in der Mitte, einschließlich Berlin, freigeben und dort die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gestatten. Dann möge man schrittweise die noch besetzten Randzonen räumen, jeweils gleichzeitig in Ost und West. Nun legt Dr. Pfeleiderer in einer Denkschrift die politischen Voraussetzungen für eine solche Freigabe dar, wieder unter der Annahme, daß man die begonnene Westpolitik irgendwie ins Kalkül ziehen müsse und nicht einfach auf den russischen, uns an sich nicht unsympathischen Vorschlag eingehen könne, Deutschland ohne irgendwelche Vertragsbindungen in der Mitte liegen zu lassen, etwa wie eine große Schweiz. Wir haben eben auch mit dem Westen zu rechnen, und eine mehrseitige vertragliche Verbindung mit entsprechenden Garantien könnte unter Umständen auch ihre Vorteile für uns haben.

Der Autor war lange Jahre als deutscher Diplomat in Moskau stationiert und kennt die seltsame, von Angstkomplexen erfüllte Seele der Sowjets. Er rät daher, das russische Sicherheitsbedürfnis als realen Faktor der Politik zu betrachten. Mehr noch: bei geschickter Handhabung kann dieses russische Sicherheitsbedürfnis zu einem Aktivposten der deutschen Außenpolitik gemacht werden. Es kann dazu dienen, uns vor einer einseitigen Bindung an den Westen zu bewahren und uns zu der selbständigen Mittelstellung zu verhelfen, die das A und O jeder echten deutschen Außenpolitik sein muß. Weiter kann es zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands führen, die durch die einseitige Westbindung in unabsehbare Ferne gerückt würde. Denn Rußland hat im Grunde den Wert des deutschen Puffers für seine Sicherheit schon kapiert; es will nur sicher sein, daß es ein Puffer sein wird und nicht eine westliche Lanzen Spitze. Hier ist die russische Politik der westlichen einmal um eine gute Nasenlänge voraus. Der Westen hat den Wert des deutschen Puffers, der für ihn auch recht nützlich sein könnte, noch nicht begriffen.

Ein mehrseitiges Paktsystem

Dr. Pfeleiderer formuliert also ein neues mehrseitiges Paktsystem, das den Spuren von Locarno, nicht von Rapallo folgt; er weiß, daß Rapallo, wenn auch irrigerweise, für den Westen noch immer ein Wort des Schreckens ist. Wir mögen in eine vertragliche Bindung mit dem Westen treten, die gegenseitige militärische Hilfe bei einem Angriff aus dem Osten vorsieht; gleichzeitig aber mögen wir, mit Zustimmung der Westmächte, einen eigenen Vertrag mit den Russen schließen, der sie vor unserem oder einem westlichen Angriff sichert. Diese Verträge soll selbstredend nicht das jetzige Halbdeutschland, sondern die gesamtdeutsche Regierung schließen, deren freier Bildung die Russen unter solchen Voraussetzungen wohl zustimmen könnten. Die Frage der deutschen Ostgrenze bleibt heikel, aber man muß bekanntlich nicht alle Hühner auf einmal rupfen. Der Russe wird immerhin Verständnis dafür aufbringen müssen, daß keine deutsche Regierung die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze unterschreiben kann.

Eine Hauptschwäche des Bonner Vertrages erblickt Pfeleiderer darin, daß er eben diese direkte Regelung der deutsch-russischen Differenzen verbietet. Das Verbot selbständigen deutschen Handelns in den Fragen der deutschen Einheit

und der Beziehungen zum Osten muß fallen. Pfeleiderer ist für die Fortsetzung der „Integrations“-Politik im Westen, aber nur, wenn sie gleichzeitig gegenüber dem Osten entgiftet wird. Eine höfliche Umschreibung für eine sehr drastische Änderung der jetzigen Politik!

Der junge CDU-Abgeordnete *Müller-Hermann* (Bremen) sieht ebenfalls in der Entwicklung Westdeutschlands zum alliierten Aufmarschgebiet die bedenklichste Seite der Bonner Verträge und die berechtigte Hauptsorge der Russen. Er hat dem Kanzler eine Denkschrift überreicht, in welcher er unumwunden zugibt, daß die Russen für ihre Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung einen *Preis* fordern dürfen, nämlich den Verzicht auf die Umwandlung Deutschlands in ein westliches Aufmarschgebiet. Es sei unreal, zu erklären, daß man über einen Preis für die Wiedervereinigung nicht diskutiere, diese vielmehr als eine selbstverständliche Forderung ansehe, die der Russe zunächst einmal bedingungslos, etwa durch Zulassung freier Wahlen, erfüllen müsse. Das klingt zwar schön, trägt aber den Wirklichkeiten der Lage keine Rechnung. *Müller-Hermann* meint, daß umgekehrt die Russen bereit wären, Konzessionen zu machen, wenn sie dadurch die Gefahr einer deutsch-amerikanischen Allianz bannen könnten. Diese Konzessionen müßten aber mit Konzessionen des Westens bezahlt werden, aufgebaut auf dem Bestreben, die Angstkomplexe Moskaus vor einer Bedrohung seiner Westflanke zu zerstreuen.

Europaverträge und Viererkonferenz

Der Autor der Denkschrift verlangt die Ausschaltung Deutschlands als militärisches Aufmarschgebiet und eine internationale Garantie des deutschen Territoriums. Die Bonner Verträge mögen wohl ratifiziert werden, meint er, aber unter zwei Bedingungen: erstens nur, nachdem das Zustandekommen einer *Viererkonferenz* von allen Seiten gesichert wäre, zweitens nach Zustandekommen einer Zusatzvereinbarung der Bundesrepublik mit den Westmächten, in welcher die Bereitschaft der letzteren zur Wiederherstellung der deutschen Einheit „präzisiert“ würde. Das ist natürlich wieder eine indirekte Methode, den Bonner Verträgen ihren Kern zu nehmen. Die Viererkonferenz kann nur zustande kommen, wenn beide Seiten zu grundsätzlichen Konzessionen bereit sind, was für den Westen bedeutet, von der jetzigen Bonner Konzeption einer einseitigen Westbindung Deutschlands abzugehen. Die Zusatzvereinbarung über die deutsche Einheit müßte an Stelle der jetzigen vagen Klausel eine wirkliche politische Zusage der Westmächte enthalten, die deutsche Einheit in Freiheit so oder so herbeizuführen. Das heißt mehr Eifer für die jetzt nur lau, wenn überhaupt, gewünschte Wiedervereinigung Deutschlands, dann auch Aufgabe des Vasallitätsprinzips.

Müller-Hermann verfehlt nicht, die These des Kanzlers anzugreifen, wonach die Politik der Westintegration der einzige, ja der zwangsläufige Weg sei, die deutsche Einheit herbeizuführen, weil die Sowjets vor der militärischen Stärke des Westens zurückweichen würden. Diese These hält er für unbeweisbar und außerdem für gefährlich, weil sie eine Lösung der schwebenden Probleme nur mit militärischen Mitteln, letztlich durch Krieg, postuliere. Er glaubt, daß es einen anderen Ausweg aus der jetzigen Enge gibt. An der Ehrlichkeit der Russen könne man sicher zweifeln, aber zunächst müsse man „*die Sowjets stellen*“, d. h. ihnen auf einer großen Konferenz unter Angebot vernünftiger Konzessionen Gelegenheit geben, die Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge zu beweisen. Es genüge auch nicht, immer hinter der alliierten Politik in der Deutschlandfrage herzulaufen, sondern es müsse ein *deutscher Vorstoß* unternommen werden, ehe es zu spät ist,

Eine konservative Stimme

Staatssekretär a. D. von Rohr, ein Sprecher der konservativen Landwirtschaftskreise, stellte sich in einer kürzlichen Rede hinter Pfeleiderers Grundsatz, daß man mit den Russen um einen Preis für die Freigabe der Sowjetzone verhandeln müsse. Er teilt nicht die Meinung des Kanzlers, daß mit wachsender Aufrüstung des Westens dieser Preis geringer und schließlich gleich Null werden würde. Vielmehr kann der Preis auch größer werden; der Russe würde sich bei größerer militärischer Macht des Westens nicht mehr mit den Konzessionen zufrieden geben, die er jetzt vielleicht anzunehmen bereit ist. Er würde dann neue, zusätzliche Sicherheitsforderungen stellen, und die deutsche Wiedervereinigung würde noch mehr erschwert. Weiter meint von Rohr, daß es ungewiß sei, ob die wachsende Macht des Westens wirklich für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt würde. Außerdem erblickt er in jedem Jahr, um das die Wiedervereinigung verzögert wird, eine Gefahr wegen der begonnenen inneren Strukturwandlung des deutschen Volkskörpers in der Sowjetzone. Westdeutschland ist eine Mutter, deren Kind man entführt hat, sagt er. Soll sie sich darauf verlassen, daß die Polizei das Kind herbeischafft? Eines Tages könnte es dazu zu spät sein. Ein rechtzeitig gezahltes Lösegeld ist sicherer. Auch von Rohr rief das Beispiel von Locarno an, um einen Ausweg aus der jetzigen Lage aufzuzeigen.

Die Zahl der Stimmen, die sich in dieser Art für eine selbständige deutsche Politik der Mitte erheben — denn diese Konzeption ist durch all diese Kundgebungen hindurchzuhören — ist im Zunehmen. Gegenüber der russischen Forderung eines gänzlich bindungslosen Deutschland wird hier der Gedanke einer zweiseitigen Bindung vorgebracht, deren beide Komponenten einander in gewissem Sinne neutralisieren. Gewiß kann man noch nicht sagen, ob diese Vorschläge schon die letzte gültige Lösung der schwebenden Schicksalsfragen bieten. Bedeutsam bleibt auf jeden Fall die Tatsache, daß neben die Konzeptionen des Westens, der Bundesregierung, der Opposition und der Russen eine weitere, durchdachte Konzeption der künftigen Stellung Deutschlands in Europa tritt, der man das Bestreben zubilligen darf, das Gute aus allen vorliegenden Plänen zu vereinigen.

Und der Kanzler? Er hält zäh an seiner Politik fest, mag auch im eigenen Lager die Kritik steigen. Was will er wirklich? Die Unterwerfung unter den Status quo, die bloße Erfüllung alliierter Gebote? Die Zahl der von ihm ausgehandelten Konzessionen in den Verträgen, so ungenügend sie dem Auge der Kritik auch erscheint, läßt einen so simplen Vorwurf nicht ohne weiteres zu. Damit ist nicht gesagt, daß diese Politik die beste oder gar die einzig mögliche gewesen wäre; die Kritik der Opposition, daß man in der gegebenen Lage, wo Deutschland ja doch das Zünglein an der Waage ist, weit mehr hätte erzielen können, hat viel Widerhall gefunden. Was könnte der Kanzler noch wollen? Den Kreuzzug gegen den bolschewistischen Osten, die Verfolgung weitgesteckter Ziele, wie sie durch unvorsichtige, halbdementierte Äußerungen von maßgebender Seite über den Ural, über „Neuordnung im europäischen Osten“ und dergleichen im Frühjahr angetönt wurden? Hier hätte er das deutsche Volk nicht hinter sich. Außerdem deuten die jetzt vorliegenden Verträge nicht darauf hin, daß Deutschland bei jener Neuordnung im Osten — an sich einer verhängnisvollen imperialistischen Zielsetzung — mitzureden hätte; es hat nur eine dienende Rolle zu spielen, nicht einmal seine eigenen Ostgrenzen sind ihm garantiert. Außerdem reicht weder die westliche, noch gar die deutsche Macht dazu aus, solche weitgespannte Pläne ins Auge zu fassen.

Eine Viererkonferenz als Voraussetzung der Bestätigung der Westverträge, wenn diese dann noch notwendig ist, das ist der Rat, der dem Kanzler von allen seinen frondierenden Gefolgsleuten erteilt wird. In ihren Vorschlägen bieten sie ein Programm für diese Konferenz an, auf das sich nach ihrer Meinung die Großmächte einigen könnten. Scheitert eine vernünftige Regelung dann an der Unehrlichkeit der Russen, dann allerdings — das darf nicht vergessen werden — bliebe der Bundesrepublik nur der Weg des Westbündnisses, eines *echten* Bündnisses, aufgebaut auf Leistung und Gegenleistung, auf voller Gleichberechtigung und Mitsprache. Je mehr formulierte Alternativen auftauchen, je mehr die Entwicklung fortschreitet, desto fragwürdiger wird die These, die jetzt vorliegenden Verträge seien die einzige Möglichkeit der deutschen Politik.

Der sozialdemokratische Parteitag forderte „ein System kollektiver Sicherheit, an dem Deutschland als gleichberechtigter Partner ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist“. Die Formulierung ist nicht klar genug, um erkennen zu lassen, ob damit ein System etwa im Sinne der hier besprochenen Vorschläge gemeint ist oder ein Westbündnis mit Zusagen hinsichtlich der Wiedervereinigung. Andeutungen über wirtschaftlichen Zusammenschluß und der Kommentar, daß die Einheit Deutschlands nicht unbedingt vor der Schaffung dieses Systems hergestellt sein muß, deuten eher in die zweite Richtung. Die SPD betont aber, die jetzigen Europaverträge blieben für sie unannehmbar. Das Wirklichkeitsgefühl läßt ein echtes Westbündnis in der Tat als den geschichtlich wahrscheinlichsten Weg der Entwicklung erscheinen; vorher aber muß einwandfrei geklärt sein, daß ein anderer Weg nicht gangbar ist.